

Absender

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Gesundheit
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Terminservice- und Versorgungsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

in den nächsten Wochen werden Sie sich mit dem Entwurf für ein Terminservice- und Versorgungsgesetz beschäftigen. Der Bundesgesundheitsminister verspricht schnellere Termine für Kassenpatienten. Dafür will er den Einfluss der Terminservicestellen auf die Terminvergabe in den Praxen ausweiten und die Ärzte verpflichten, länger zu arbeiten.

Ich habe darüber mit meiner Ärztin/meinem Arzt gesprochen und möchte Ihnen zu bedenken geben:

- dass die Ärzte, die mich behandeln, bereits jetzt mehr als 50 Stunden pro Woche arbeiten,
- dass die Behandlung immer neuer Patienten nicht zu Lasten der Patienten gehen darf, die schon heute in den Praxen behandelt werden, vor allem nicht zu Lasten chronisch kranker Patienten,
- dass die Arbeit der Ärzte und Praxismitarbeiter vor allem denen zu Gute kommen muss, die sie am nötigsten brauchen, und nicht denen, die sie in einem Callcenter am lautesten einfordern oder in einer Terminsoftware möglichst viele Termine für sich blockieren,
- dass eine Arztpraxis ihre Patienten kennt und daher besser entscheiden kann, welcher Patient wann behandelt werden muss, als eine zentrale Vermittlung,
- dass immer mehr Bürokratie in den Arztpraxen zu Lasten der Zeit geht, die die Ärzte und Praxismitarbeiter für uns Patienten haben.

Ich bitte Sie daher, den Gesetzentwurf kritisch darauf zu prüfen, ob er tatsächlich Verbesserungen in der Versorgung der Patienten bringt, oder ob es nur darum geht, diesen Anschein zu erwecken.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen